

Kiel, 29.11.2006

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 19 - Spielräume des Berufsbildungsgesetzes nutzen (Drucksache 16/998)

Anette Langner:

Kein Einstieg in den Ausstieg aus der dualen Berufsausbildung!

Trotz aller Erfolge im Bündnis für Ausbildung, die uns morgen der Minister sicherlich berichten wird, gibt es nach wie vor in Schleswig-Holstein eine Lücke zwischen der Anzahl an Ausbildungsstellen und der an Bewerberinnen und Bewerbern. Zur Lösung des Problems schlägt der Antragssteller dem Landtag folgende Maßnahmen vor:

1. Einrichtung vollzeitschulischer Berufsausbildungsgänge,
2. Anerkennung vollzeitschulischer Ausbildungsgänge durch die Kammern und
3. Ausweitung arbeitsmarktgängiger Teilqualifikationen.

Das hört sich auf den ersten Blick einleuchtend an, kann aber meiner Auffassung nach nicht die Lösung des Problems sein.

Die angesprochenen Regelungen im Berufsbildungsgesetz sollen dazu dienen, **für einen Übergangszeitraum ein Angebot für bislang unversorgte Jugendliche zu schaffen** und den Ländern zusätzliche Möglichkeiten zu geben, steigende Schulabgängerzahlen aus den geburtenstarken Jahrgängen aufzufangen.

In Schleswig-Holstein ist dies aber nur der kleinere Teil des Problems: Durch die **guten Ergebnisse im Bündnis für Ausbildung** in den vergangenen Jahren ist die Altbewerberzahl in Schleswig-Holstein nicht so groß wie in anderen Bundesländern. Eine höhere Zahl an Plätzen in den berufsqualifizierenden Bildungsgängen an Berufsfachschulen hat bereits zu

einer deutlichen Entlastung bei den besseren Schülern geführt. Da ab 2007 mit einem Rückgang bei den Schulabgängern zu rechnen ist, ist davon auszugehen, dass sich die Anzahl unversorgter Jugendlicher weiter reduziert.

Der entscheidende Punkt ist jedoch, dass wir mit der Ausweitung vollzeitschulischer Ausbildungsgänge keine Erleichterung erreichen für die **Problemgruppen am Ausbildungsmarkt** mit dem höchsten Risiko, arbeitslos zu werden, nämlich Jugendliche mit einem schlechten Schulabschluss oder ohne Schulabschluss.

Welche Konsequenzen hätte es also, wenn wir die Spielräume des Berufbildungsgesetzes im Sinne des Antragstellers nutzen würden:

- Es gäbe **ein weiteres wenig praxisorientiertes Angebot** für besser qualifizierte Jugendliche. Denn Berufsfachschulen werden überwiegend von Jugendlichen mit guten Realschulabschlüssen genutzt.
- Die **Gefahr von Arbeitslosigkeit an der zweiten Schwelle zum Arbeitsmarkt** würde ansteigen, da betriebliche Ausbildung bei den Unternehmen eine deutlich größere Akzeptanz hat
- Schulabgänger mit schlechteren Voraussetzungen in Hinblick auf fachliche und soziale Qualifikation bleiben noch mehr als bisher auf der Strecke.
- Die Konsequenz einer weiteren Ausweitung vollzeitschulischer Ausbildungen wäre **ein weiterer Schritt in Richtung der Verstaatlichung von Berufsausbildung**. Betriebe und Unternehmen entlassen wir damit aus der Verantwortung für die betriebliche Ausbildung.

Da kann nicht in unserem Interesse sein! Und ist im Übrigen auch nicht im Interesse der Betriebe und Unternehmen!

Unser Interesse muss es auch weiterhin sein, **allen Jugendlichen ein möglichst passgenaues Angebot zu machen**, das - und das ist der entscheidende Punkt - eine Qualifikation ermöglicht, mit der junge Menschen für den weiteren Berufsweg gerüstet sind und nicht an der nächsten Schwelle vor Arbeitslosigkeit stehen.

Was sind also Alternativen, um die Lücke zwischen der Zahl an Schulabgängern und der Anzahl an Ausbildungsstellen zu schließen:

- Die **Zusammenarbeit zwischen Berufsfachschulen und Betrieben muss weiter verbessert werden**, mit dem Ziel nach Abschluss der Berufsfachschule eine verkürzte Ausbildung absolvieren zu können.
- Da viele Betriebe nach wie vor über die mangelnde Ausbildungsreife von Jugendlichen klagen und vorhandene Ausbildungsplätze dann unbesetzt bleiben, müssen **individuelle Hilfen für Jugendliche an den Schulen weiter gefördert und unterstützt werden**.
- In die Vorbereitungsmaßnahmen berufsbildender Schulen können und sollen **Qualifizierungsbausteine mit Anerkennung für die spätere Ausbildung** verstärkt eingebaut werden.
- Für die **zweijährigen Berufe**, mit denen bislang gute Erfahrungen gemacht wurden, muss bei den Betrieben stärker geworben werden. Sie sind ein guter Einstieg für Jugendliche mit einer größeren praktischen als theoretischen Begabung.

Im Hinblick auf die guten Erfolge im Bündnis für Ausbildung und die in den letzten Jahren immer weiter gestiegene Zahl an Ausbildungsplätzen in Schleswig-Holsteinischen Betrieben sollten wir auch weiter **darauf bauen, dass in Betrieben ausgebildet wird**. Der Einstieg in den Ausstieg aus dem Dualen System wäre ein fatales Signal und ein großer Schritt in die falsche Richtung.

Deshalb werden wir den Antrag ablehnen.